

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis:

Durch den Boten frei ins Haus monatlich 1 Mark
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 MarkTelegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühlbach
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742

Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:

Die einseitige Colonelle oder deren Raum 20 Wfg.
von auswärts 25 Wfg. im Reklamenteil 75 Wfg.Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanzanzeigen 25 Wfg.

Nr. 196

Montag, 15. September 1919

22. Jahrgang

Die kommenden Reichstagswahlen.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

In parlamentarischen Kreisen war man seither der Meinung, daß die gesetzgeberischen Aufgaben der Nationalversammlung bis Ende dieses Jahres erfüllt werden können. Man hegte dort die Erwartung, daß Ende Dezember die Nationalversammlung geschlossen und bereits im Januar die Wahlen zum ersten Reichstage der neuen deutschen Republik vorgenommen werden könnten.

Wir haben an dieser Stelle nie einen Zweifel über die ungeheure Größe und den gewaltigen Umfang der noch zu erfüllenden gesetzgeberischen Aufgaben der Nationalversammlung gelassen. In diesem Zweifel sind wir noch bestärkt worden durch die unzweifelhafte Aussicht, auf schwere parlamentarische Kämpfe hinsichtlich der großen Steuervorlagen, welche Probleme aufrufen, die zu den härtesten grundsätzlichen Auseinandersetzungen zu führen geeignet sind. Nun hat auch noch das Reichsamt des Innern mehr als ein neues Duzend angekündigt, die in Ausführung der neuen Reichsverfassung geschaffen werden müssen. Es ist ganz unmöglich, daß alle diese Gesetze von der Nationalversammlung erledigt werden können, der Hauptteil wird vom künftigen Reichstag zu bewältigen sein. Aber wenn man nur diejenigen gesetzgeberischen Aufgaben in Betracht zieht, deren rasche Erfüllung in Reichs- und Volksinteresse dringend notwendig ist, dann wird es unmöglich sein, diese bis Ende dieses Jahres durchzuführen. Neben den Steuergesetzen müssen auch noch das Wahlgesetz für den kommenden Reichstag, die Wahlordnung zur Bestellung des Reichsparlamentes, die gesetzlichen Bestimmungen über die Volksabstimmung usw. festgestellt werden.

Nach, alle dem wird damit gerechnet werden müssen, daß die Nationalversammlung auch noch bis in das nächste Frühjahr hinein zusammenbleiben muß. Nach Lage der Dinge wird es kaum möglich sein, den von der Nationalversammlung noch zu bewältigenden Arbeitsstoff vor dem März 1920 abzutragen. Auf eine Dauer der Nationalversammlung bis zu diesem Termin werden sich die politischen Kreise einzustellen haben. Große Schwierigkeiten erwachsen hierbei allerdings für die Aufstellung des künftigen Reichshaushaltes, da ja das Etatsjahr mit dem 1. April eines jeden Jahres beginnt. Ein unbedingtes Erfordernis für die Gesundheit unserer gesamten Verhältnisse ist ja die geordnete Haushaltsführung, die nur unter strengster Kontrolle der Volksvertretung gewährleistet werden kann. Die Regierung muß danach trachten, daß gerade in dieser Frage die größte Klarheit herrscht.

Werden sich die Dinge so, wie oben beschrieben, tatsächlich entwickeln, dann wird mit den neuen Reichstagswahlen frühestens erst am Anfang April zu rechnen sein. Auch dabei ist vorausgesetzt, daß alle Beratungen einen einigermaßen gesicherten und glatten Verlauf nehmen. In dieser Hinsicht kann man sich heute noch keinen bestimmten Erwartungen hingeben. Die Gärungen sind noch lange nicht überwunden; es gewinnt vielmehr den Anschein, als ob gerade in den kommenden Monaten neue politische Erschütterungen, die unter Umständen zu starken Umwälzungen führen können, zu erwarten sind. Jedes derartige Ereignis würde naturgemäß eine Verzögerung aller Bemühungen bedeuten, die auf die Herbeiführung eines geordneten politischen und wirtschaftlichen Zustandes zielen. Dann allerdings wäre es fraglich, ob wir uns überhaupt der Mühe einer neuen Wahl zum Parlament zu unterziehen brauchen.

Die Reichsabgabeordnung.

Kurz bevor die Nationalversammlung in Ferien ging, sind noch einige große Gesetzesvorlagen eingebracht worden, deren gewaltige finanzielle und staatspolitische Bedeutung der Öffentlichkeit wohl erst nach längerer Zeit zum Bewußtsein kommen wird. Das Reichsnotopfer, von dem schon soviel in der Presse gesprochen wurde, ist dabei noch nicht einmal der wichtigste Entwurf. Von noch größerer Tragweite ist die Vorlage der Reichsabgabeordnung. Es handelt sich um ein Gesetzwerk, das nicht weniger als 451 Paragraphen umfaßt und vollkommen neue Bahnen in unserm ganzen Steuerwesen eröffnet. Um seinen ganzen Inhalt auszuschöpfen, müßte man geradezu ein Buch schreiben. Die Absicht des Gesetzes ist einmal, das Reich zum eigentlichen Steuerherrscher in Deutschland zu machen. Mit klarem Blick sind hier die Folgerungen gezogen aus dem grundsätzlichen Wandel, der in unserer ganzen Finanzverfassung durch das ungeheure Kriegsgeschehen eingetreten ist. Die Grundlagen der Finanzwirtschaft sind nicht bloß im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten und Gemeinden vollkommen erschüttert. Der Aufbau kann nur dann gelingen, wenn bei dieser Herkulesarbeit das Reich nach jeder Richtung die Hand frei hat und für Länder und Gemeinden mit versorgt, damit auch sie wieder auf eine gesunde Finanzgrundlage gestellt werden.

Es genügt aber nicht, daß das Reich die nötigen Steuerquellen durch Gesetze eröffnet. Es ist nicht minder notwendig, daß auch die Verwaltung der Steuern nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt. Bisher war unser Steuerwesen in Deutschland so zersplittert, wie wohl in keinem andern Großstaat der ganzen Welt. Überall waren Verschiedenheiten in der Steuergesetzgebung, in der Veranlagung und der Steuerverwaltung, so daß es wohl in ganz Deutschland keinen Menschen gab, der das gesamte Steuerwesen von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden wirklich vollkommen kannte. Diese Zersplitterung ist einem wirklich guten Ertrag der Steuern sehr hinderlich und vor allem auch nicht zu vereinbaren mit der sozialen Gerechtigkeit der Besteuerung. Eine zentrale Gesetzgebung ist notwendig, damit die sämtlichen Steuerorgane von einem einheitlichen großen Geiste beherrscht sind. Die Ausführung aber wird in weitestgehender Weise dezentralisiert in den Landesfinanzämtern. Die Reichsabgabeordnung bringt weiter große allgemeine Grundlagen in Besteuerungsrecht und bildet das allgemeine Steuerrecht in wirklich moderner Weise fort. Sie wird auch die Grundlage abgeben für eine zweckentsprechende Weiterbildung der Steuerbeamten. Denn gerade von der Tüchtigkeit der Steuerbeamten wird es in der Zukunft wesentlich abhängen, daß die Steuern wirklich ihren Zweck voll und ganz erfüllen, und daß die Steuerpflichtigen im ganzen Deutschen Reich vor dem Gesetze gleich sind. Auch für die Steuerpflichtigen selbst bedeutet diese Vereinheitlichung einen sehr großen Vorteil, in dem das ganze Veranlagungsverfahren wesentlich einfacher gestaltet werden wird als es ohne dem der Fall sein müßte. Vor allem soll die Abgabeordnung dazu dienen, daß keine Steueroasen mehr in Deutschland bestehen können, wo sich das Rentnerium zusammenfindet und viel weniger Steuern zahlen muß, als in den gewöhnlichen Gemeinden verlangt werden. Diese ungesunden Zustände, welche sich aus dem bisherigen Steuerrecht entwickelt haben, müssen verschwinden. Gerechtigkeit muß auch die ganze Veranlagung der Steuer beherrschen. Ist einmal die Reichsabgabeordnung angenommen, so bedeutet sie einen ähnlich großen Fortschritt wie die Vereinheitlichung des Handelsrechts oder die Vereinheitlichung des bürgerlichen Rechts im Bürgerlichen Gesetzbuch. Darum ist zu erwarten, daß eine sehr große Mehrheit des Parlamentes gerade für dieses hochbedeutungsvolle Gesetz gefunden wird.

Zur Nationalisierung der Weltindustrien.

Nicht bloß der Handel ist international, sondern nicht zuletzt infolge desselben auch die Industrie. Wie man vor dem Krieg von einem Weltmarkt, von einem Weltverkehr redete, so konnte man auch von Weltindustrien sprechen, sofern die Industrie des eignen Landes diejenige eines andern mit ihren Erzeugnissen ergänzte und sich auch hier eine gewisse Arbeitsteilung entwickelte. Mit dieser Einheit ging aber vor dem Krieg zugleich das Bestreben zur Nationalisierung in den einzelnen Ländern, das heißt, das Bemühen, sich industriell möglichst auch wieder auf eigene Füße zu stellen.

Dieser überall bemerkbare Zug zur industriellen Nationalisierung hat durch die Kriegswirtschaft allenthalben eine wesentliche Verstärkung erfahren, wo man einmal den Ausfall an fremden, namentlich auch deutschen Waren, teilweise sehr unangenehm empfand und hier dafür aus Eigenem Ersatz zu schaffen suchte. Sodann aber war man hier eifrig darauf bedacht, für die im Kriege erweiterte oder neugegründete Kriegsindustrie nach Wegfall der Kriegsproduktion Arbeit für Friedenszwecke zu schaffen, was von selbst dann zur Ausbildung nationaler Fertigungsindustrien führte. Industrie und Wissenschaft dabei in engere Verbindung zu bringen und einen Weg zu befolgen, dank dem die deutsche Industrie die hohe Stufe ihrer Leistungsfähigkeit erlangt habe, war man in Frankreich wie auch in Italien, in England wie insbesondere bei den Neutralen auf das eifrigste bemüht. In Großbritannien war man vor allem auch bestrebt, während des Krieges durch Einsparung an Rohmaterialienverbrauch an menschlicher Arbeitskraft und sonstigem Betriebsaufwand neue Arbeitsmethoden zu erproben, um sie für die Friedenswirtschaft beizubehalten und damit die industrielle Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Aber nicht nur in Europa ist diese industrielle Kräfterverschiebung eingetreten, sondern auch auf dem internationalen Arbeitsmarkt, indem hier der industrielle Ausbehnungsdrang der Vereinigten Staaten, der Selbstverwaltungsdiktatorien des britischen Weltreichs und nicht zuletzt Japans die Verhältnisse im Osten vornehmlich veränderte. Gerade das letztere wird hier dank seiner durch die für europäische Verhältnisse ungewöhnlich langen Arbeitszeiten und günstigen Lohnverhältnisse bedingten vorzüglichen Produktionsverhältnisse noch lange eine große Rolle spielen. Zumal Japan, wie die jüngsten Wochen gezeigt haben, anscheinend nicht gewillt ist, durch Beitritt

zu internationalen Abmachungen sich hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit und sonstiger Arbeitsverhältnisse den in Europa üblichen Beschränkungen zu unterwerfen. Daß nach dieser Richtung hin etwa die politische Bewegung und die Gewerkschaftsbewegung auch in Japan merkbar ausgleichend wirken würde, ist vorläufig noch wohl kaum zu erwarten. Höchstens könnten die noch weniger entwickelte Technik und daher auch die Qualität der Waren dem japanischen Ausdehnungsdrang gewisse Grenzen ziehen.

Auf alle Fälle werden wir es auf dem Weltmarkt mit dem Absatz industrieller Produkte in Zukunft weniger leicht haben. Wir brauchen aber, vorausgesetzt, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht durch ein eigenartiges Beharren auf Arbeitsbedingungen, die jeden Wettbewerb mit dem Ausland ausschließen, uns von vornherein selbst ausschaltet, nicht zu verzagen. Unser Zutritt zum Weltmarkt bahnten wir uns vor dem Krieg durch unsere Qualitätsarbeit. Darin müssen wir auch in Zukunft unsere Stärke suchen. Wir dürfen dann mit Vertrauen auch wieder an den Weltmarkt herantreten. Denn wiederholt ist gerade auch von neutraler Seite in letzter Zeit darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sich noch zeigen müßte, ob das Ausland Deutschland dauernd mit seiner heimischen Industrie gewachsen sein wird. Selbst zugestanden, daß man dort die Preise, welche von den deutschen Fabriken auf den Weltmärkten gestellt würden, einhalten könne, so sei noch die andere Frage, ob die Qualität des gelieferten Produktes sich mit den deutschen Fabriken messen lasse. Qualitätsfabrikate aber enthalten viel Arbeit, weniger Material, sie bringen wieder Geld ins Land und fördern unsern wirtschaftlichen Gesundheitsprozeß.

Vorläufig aber hängt es zu einem guten Teil von der deutschen Arbeiterschaft ab, welche Stellung die deutsche Industrie unter den Weltindustrien demnächst einnehmen wird, und ob unsere Fertigungsindustrie bald wieder an das Auslandsgeschäft denken kann. Sie kann es nicht allein aus sich, sondern unsere Schwerindustrie muß durch die Ausfuhr von Erzen, Kohle und Kali ihr den Weg mit bahnen helfen. Zur deutschen Arbeiterschaft aber sprechen Auslandsstimmen: „Wenn in euerm Lande nicht bald Ordnung und Arbeit zur Herrschaft gelangen, dann verlieren eure Freunde die Geduld und die Hoffnung, daß ihr euch wieder erholen könnt, und damit verliert ihr auch den Boden des Handels, den Kredit. Man will sich mit einem Volke nicht einlassen, dessen Arbeiter durch ihre Unbotmäßigkeit jedes Belieben ausschalten.“ — Ist zu viel gesagt, wenn wir immer wieder betonen: Deutschlands Schicksal ist in die Hand seiner Arbeiterschaft gelegt? Ihre Einsicht oder ihr Unverständnis bringen Gesundheit oder Untergang.

Wie es gemacht wird.

Aus Berlin schreibt man uns:

Geradezu Unglaubliches leisten sich unabhängige und kommunistische Kreise in der Verhetzung des Volkes, sogar an die heranwachsende Jugend wagt man sich neuerdings heran, um sie für ihre verderblichen Ziele zu gewinnen und zu mißbrauchen. Oder kann man das noch anders als einen nicht scharf genug zu verurteilenden Mißbrauch nennen, wenn die Jugend geflüstert in den zerfahrenden und aufreibenden Kampf des politischen Lebens hineingezerrt wird? Eine „rechte Glanzleistung“, auf diesem Gebiet hat am letzten Sonntag der „Freie sozialistische Jugendbund“, eine von unabhängiger Seite gegründete Organisation in Berlin vollbracht. Da zogen in aller Herrgottsfrüh halbwegsige Burlesken und Mädel im Alter von 14—18 Jahren unter Vorantragung von Plakaten und roten Fahnen in geschlossenem Zuge durch Spandau, um auf einem in der Nähe liegenden Berge eine große Demonstration gegen die jetzige Regierung und das bestehende System zu veranstalten. Daß es zu dieser tollen Rundgebung nicht kam, ist den Reichwehrruppen zuzuschreiben, die die Straßen absperren und die Demonstranten zerstreuen, allerdings gelang das erst, nachdem mehrere Schreckschüsse abgegeben wurden. Am Nachmittag versuchten die Jugendlichen nochmals, ihre Demonstrationslust zu befriedigen. Dieses Mal zog man direkt in das Zentrum von Berlin. Am Potsdamerplatz, einem der Hauptverkehrspunkte des großstädtischen Lebens, versammelte man sich wiederum mit Riesenplakaten und roten Fahnen und hielt bis in den Spätnachmittag hinein Reden auf die Weltrevolution. Wenn solche Veranstaltungen nicht bewiesen, daß ein Teil unserer heranwachsenden Jugend auf einem für unsere ganze Zukunft verhängnisvoll werdenden Wege wandelt, und wenn man es andererseits nicht beklagen dürfte, daß sie durch allerlei politische Verhetzungen irre geleitet, sich zu Taten hinreißen lassen könnte, die sie selber einst bitter bereuen dürfte, so wäre man versucht, solche Veranstaltungen als Scherz zu betrachten. Wenn ein Arbeiter, der zufällig dem erstaunlichen Schauspiel zufiel, kopfschüttelnd erklärte:

te: „Denen fehlt weiter nichts, als eine Tracht Prügel“, so halten auch wir das für das einzig Zweckmäßige, um Sensationslästerer zur Vernunft zu bringen.

Zum Frieden

Zur Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß zur Abholung der von der italienischen Regierung in Florenz gesammelten deutschen Kriegsgefangenen bereits ein deutscher Zug dorthin entsandt wurde. Die Heimführung der in englischer Hand in Frankreich sich aufhaltenden Gefangenen macht gute Fortschritte. Ein mit der englischen Regierung getroffenes Einverständnis bestimmt, daß deutscherseits täglich drei Züge und englischerseits täglich zwei Züge mit zusammen 5000 Gefangenen aus Frankreich abgeführt werden. Die Uebernahme findet in Köln-Deutz statt. — Zwei weitere Züge werden deutscherseits gestellt, um die auf belgischem Gebiet in englischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen abzuholen. — Zur Durchführung dieses Abkommens fand zwischen den Beteiligten eine Konferenz bei der Eisenbahndirektion Köln statt. Dieses Abkommen widerlegt alle Gerüchte, wonach die deutsche Regierung nicht mehr als 7000 Gefangene täglich übernehmen könne.

Willkommengrüße.

Reichspräsident Ebert ruft den heimkehrenden Kriegsgefangenen einen Willkommengruß zu, der ihnen in allen Durchgangslagen in einer Sonderschrift des Ruff-Häuserbundes der deutschen Landestriegerverbände übermittelt wird. Auch der Ruff-Häuserbund ruft den heimkehrenden Kameraden einen herzlichen Willkommengruß zu.

Unsere Kriegsgefangenen in Ägypten.

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Gelegenheit des Rücktransports unserer Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus Ägypten günstig stehe. Bei den Verhandlungen werde namentlich darauf hingewirkt, daß die Ankunft dieser Leute, die solange im tropischen Klima gelebt haben, möglichst vor Eintritt der kalten Jahreszeit erfolge.

Die Verbandsnote zur Reichsverfassung.

Die Regierung wird in der nächsten Woche vor dem Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten mitteilen, wie sie sich zu der Note des Verbandes über die Reichsverfassung stellen wird. Zu diesem Zweck wird der Ausschuß am morgigen Dienstag in Berlin zusammentreten.

Italien und die Ratifikation.

Die Times meldet aus Rom, daß die Minderheitssozialisten, die Sozialisten und die katholischen Mitglieder der Kammerkommission gegen die Ratifikation des Friedensvertrages sind.

Kanada hat ratifiziert.

Das Unterhaus hat den Friedensvertrag ratifiziert.

Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete.

Nach Pariser Meldungen wurde dorthin aus Berlin dem Bureau Europa Preß gedruckt, daß die Besprechungen, die in Versailles zwischen Silberstein für Deutschland und Loucheur für Frankreich über den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden stattfanden, zu einem Uebereinkommen über zwei wichtige Punkte geführt hätten. Die deutschen Arbeiter kommen nicht als Arbeiterbatalione nach Frankreich, sondern als freie Arbeiter mit einem Vertrag und nach deutschen Sitten. Ferner werden die Wiederaufbauarbeiten der deutschen Regierung anvertraut und diese darf, wenn sie es für gut befindet, mit Unternehmern verhandeln. Loucheur hat dabei bemerkt, daß das französische Recht berücksichtigt werden müsse. Der Wiederaufbau der Bergwerke soll einem Ausschuß übertragen werden, der in Versailles die Mittel zur Beschleunigung des Beginns der Arbeiten prüfen wird.

Der Bölkerbund.

Der englische drahtlose Dienst meldet, daß Paris jetzt Vorbereitungen getroffen habe, damit der Bölkerbund sofort automatisch in Aktion treten kann, wenn Deutschland und andere Mächte den Friedensvertrag ratifiziert haben werden. Der Bund, oder richtiger gesagt der ausführende Rat wird dann innerhalb 14 Tagen eine Regierungskommission für das Saarland und eine höhere Kommission für Danzig ernennen müssen, ferner würden sofort Maßregeln für die erste Sitzung getroffen werden. Diese Sitzung dürfte kaum vor März 1920 stattfinden.

Der Verband und die deutsche Kohlenwirtschaft.

Mit der Politisch-Parlamentarischen Nachrichten an zuständiger Stelle erfahren, entspricht die Meldung, daß zur Kontrolle der Leistungsfähigkeit der deutschen Kohlenwirtschaft in den nächsten Tagen eine Untersuchungskommission treffen werde, nicht den Tatsachen. Dies würde eine größere Bindung der deutschen Kohlenversorgung bedeuten, und gerade in den letzten Tagen hätten uns die Amerikaner in Bezug auf die deutsche Kohlenversorgung größere Freiheit gewährt, als die Kohlenversorgung des besetzten Gebietes ebenfalls durch den Reichskohlenkommissionar erfolge.

Zum Frieden für Bulgarien.

Der Oberste Rat hat die Friedensbedingungen für Bulgarien fertiggestellt und den Wortlaut der rumänischen und griechischen Delegation unterbreitet, die beide gegen gewisse territoriale und wirtschaftliche Bestimmungen Einwände erhoben. Diese wurden den betreffenden Kommissionen überwiesen, deren Gutachten jetzt dem Obersten Rat vorgelegt werden sollen. Das geschieht vielleicht in einer Versammlung am Montag abend, der auch Lloyd George betreiben wird.

Deutsches Reich

Rücktritt des preussischen Kriegsministers.

In einer Kabinettsitzung beschloß das preussische Ministerium, dem Antrage des Kriegsministers, Oberst Reinhardt, auf Entfernung von seiner Stelle als Kriegsminister zu entsprechen, da sein Posten nach Annahme der Reichsverfassung und dem Uebergang der Kommandogewalt auf das Reich erledigt ist. Es verläutet, daß Oberst Reinhardt in die Armee zurücktritt.

Deutsche Offiziere im lettischen Heere.

Nach einer Meldung aus Riga reichte eine Reihe deutscher Offiziere und Mannschaften der lettischen Regierung Gesuche um Aufnahme in das lettische Heer ein. Es handelte sich hauptsächlich um technische Truppen, die gegen die Bolschewisten kämpfen wollten, ohne besondere Privilegien zu beanspruchen. In den nächsten Tagen fanden über diese Fragen Verhandlungen mit der Regierung in Riga statt.

Zur Verstaatlichung des Verkehrswezens.

Am Donnerstag findet in Weimar unter Leitung des Reichsverkehrsministers Dr. Well eine Konferenz der sämtlichen einseitstaatlichen Verkehrsminister statt, um die Richtlinien für die Uebernahme der Eisenbahnen, Wasserstraßen sowie des Luft- und Kraftfahrwesens durch das Reich aufzustellen.

Scheidemann über „Friedensmöglichkeit“ Ende 1914.

Der frühere Ministerpräsident Scheidemann hielt in Kassel eine große Rede über die Lage. Er machte dabei die Mitteilung, daß er im November 1914 zusammen mit Haase an Bethmann Hollweg wegen der Auflassung einer deutschen Friedenskundgebung herangetreten sei. Der damalige Reichskanzler sei zu dieser Zeit mit einem Frieden einverstanden gewesen, der mit Hilfe der französischen und englischen Sozialisten herbeigeführt werden könne.

Verbot der Frankfurter Zeitung.

General Fayolle hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Einführung der Frankfurter Zeitung und des Mittagblattes in die französische Zone vom 12. bis 30. September d. Js. verboten wird, weil beide Blätter Artikel veröffentlicht haben, welche die Würdigkeit der Besetzungstruppen verlegen.

Der Prozeß gegen die Geiselmörder.

Nach den Münchener Blättern machte der Zeuge Dejenhauser Aussagen erregende Angaben über die Geiselnahme des Bollzugsauschusses im Luisenpark-Gymnasium, der über die Stellung Levis und Levis zur Geiselnahme. Levine hat unter anderem erklärt, als Geiseln kämen Taxis und Gräfin Westarp aus besonderen Gründen in Betracht.

Fröhe Meldungen aus Oberschlesien.

Die Förderleistung im ober-schlesischen Kohlenrevier nimmt eine erfreuliche Zunahme. Wie gemeldet wird, betrug die durchschnittliche Leistung in den letzten drei Tagen 91 700 Tonnen (die normale Tagesleistung in einem guten Friedensjahr betrug 145 000 Tonnen). Dieser Fortschritt ist umso bemerkenswerter, als noch immer 4000 Arbeiter in den Gruben fehlen. Vielleicht ist dies aber gerade der Grund der erhöhten Arbeitsfähigkeit, da es sich bei diesen um jene Injuranten handelt, die während ihrer Anwesenheit auf eine Störung des Betriebes hingewirkt haben.

Ueberstunden.

Die württembergischen Eisenbahner haben beschlossen, wöchentlich 10 Ueberstunden zu machen, um die Kohlennot zu vermindern.

Ausland

Holland für die deutschen Kinder.

Allgemeines Handelsblatt meldet, daß der Hauptvorstand des niederländischen Roten Kreuzes sich demnach in einem Aufruf an das niederländische Publikum wendet, in dem er um Spenden zum Ankauf von Lebensmitteln zwecks Ernährung unterernährter deutscher Kinder bittet. Die angekauften Lebensmittel werden dann unter Kontrolle der dazu bestimmten Holländer an unterernährte deutsche Kinder, die in zwei von den deutschen Behörden noch näher zu bezeichnenden Orten, vermutlich in Thüringen, untergebracht werden, verteilt. Der Aufruf wird von zahlreichen niederländischen Behörden, darunter auch dem Kriegsministerium und den beiden Vorständen der Kammer unterstützt. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, was es gilt, größere Not zu lindern, dürfte die politische Gesinnung keine Rolle spielen.

Der Arbeiterführer Henderson gewählt.

Bei der Ershawahl in Widnes wurde der Arbeiterführer Henderson mit 11 404 Stimmen gewählt; der Koalitionskandidat Fisher erhielt 10 417 Stimmen. Bei der vorhergehenden Wahl im Jahre 1918 schlug der Koalitionskandidat Walker den Arbeiterkandidaten mit einer Mehrheit von 3694 Stimmen.

Der Londoner Mitarbeiter des Telegraaf meldet zum Wahlsiege Hendersons in Widnes, der Sieg sei um so bemerkenswerter, als der Wahlkreis seit 1885 immer in konservativen Händen gewesen sei.

Der Londoner Vertreter des Allgemeinen Handelsblatt schreibt: Hendersons Rückkehr in das Parlament müsse zweifellos als ein großer Sieg der Arbeiterpartei betrachtet werden. Der Evening Standard schreibt: Henderson werde es als seine Aufgabe betrachten, eine Arbeiterregierung zu bilden; dieser Plan habe keine Rede vom 11. September vor dem Gewerkschaftstongress beherrscht. Die Westminster Gazette urteilt, der Verlust des Wahlkreises zeige, daß es tatsächlich keinen Wahlkreis mehr gebe, auf den die Regierung sich einigermaßen verlassen könne. Die Stellung der Regierung werde dadurch noch mehr geschwächt.

Aus Italien.

Das Auswanderungsproblem ist für Italien dringlich geworden, da eine starke Rückwanderung aus Amerika stattgefunden hatte. Die meisten Staaten wiesen italienische Auswanderer ab, und Italien hat keine Arbeit für sie. Die Regierung steht daher mit südamerikanischen Staaten wegen der Einwanderung in Verbindung.

Aus Luxemburg.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Luxemburg gemeldet: Alle Ausländer, die gegen die luxemburgischen Lebensmittelverhältnisse gekämpft haben, müssen das Land verlassen. Die ausgewiesenen Deutschen sind im besonderen solche, welche gegen die Landesgesetze verstoßen und während der deutschen Besetzung als Gehilfen deutscher Militärbehörden mißliebig gemacht haben.

Ein russisches Friedensangebot.

Die russische Räteregierung hat sich durch den Kommissar des Auswärtigen Tschitscherin in einem Rundschreiben an den lettischen Minister des Auswärtigen mit dem Vorschlage gewandt, die Kriegstätigkeit einzustellen.

Eine Viehspende.

Auf Veranlassung der landwirtschaftlichen Vereinigungen der Westschweiz beschloß der Schweizerische Bauernbund, eine Viehspende für die verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens zu organisieren.

Amerikanische Kinderfürsorge.

Mitte September findet in Prag ein Kongreß aller amerikanischen Missionen statt, die sich mit der Kinderfürsorge in Europa befassen. Aufgabe des Kongresses wird es sein, einen Plan für die Befestigung der Jugend für das nächste Jahr auszuarbeiten.

Das amerikanische Kapital für Deutschland.

Wie der New York Courant meldet, wurde im Senat ein Antrag eingebracht, in dem erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten Europa nicht mehr Geld leihen sollten, als für den industriellen Aufbau unbedingt notwendig ist und daß dies unter der Bedingung geschieht, daß das Geld nicht zu Kriegsrüstungen verwendet werden solle.

Volkswirtschaft

Zur Einrichtung der Volkshochschulen.

Die Arbeitsgemeinschaft ist das Kernstück der Volkshochschule. Ohne sie ist deren Bildungsarbeit unzulänglich, während der Ausfall der öffentlichen Vorträge oder der Vorbereitungskurse kein bedeutender Schaden wäre. In der Arbeitsgemeinschaft läßt sich am ehesten etwas von dem Ideal des Volkshochschulwesens verwirklichen. Auf der einen Seite muß die Zahl der Arbeitsgemeinschaften eine begrenzte sein, da ihre Möglichkeit ganz vom Vorhandensein der geeigneten Persönlichkeiten abhängt. Bei der Arbeitsgemeinschaft steht nicht der Stoff, das Thema im Vordergrund, sondern die erzieherische Persönlichkeit des Leiters. Die Teilnehmer haben sich, wenn sie sich für eine Arbeitsgemeinschaft entscheiden wollen, nicht nur über den zu behandelnden Stoff, sondern auch, und das vor allem, über die Persönlichkeit des Leiters Gewißheit verschaffen. Der Leiter ist in der Wahl und Gestaltung des Stoffes ganz frei; er wird nach einem gemeinsamen Zusammenwirken den Plan jeweils mit seinen Hörern besprechen. Weltanschauungsfragen sind nicht auszuschließen, wenn es auch natürlich Arbeitsgemeinschaften geben kann, in denen die Gegensätze der Weltanschauungen nicht berührt werden. Die Arbeitsgemeinschaft kann sich an eine öffentliche Vortragsreihe anschließen, sie kann aber auch ganz unabhängig davon sein. Ihre Teilnehmerzahl ist eng zu begrenzen, auf 10 bis 15. Die Arbeitsweise ist die des „Kolloquiums“, des gegenseitigen Austauschs. Der Leiter muß durch Fragen und Aufgaben die Teilnehmer zur Mitarbeit bringen. Diese Behandlungsform ist vor allem angebracht bei Philosophie, Ethik und Lebenskunde, bei der Einführung in Dichtwerke und Bildwerke. Der Leiter wird mit den Hörern häufig lesen und dann das Gelesene mit ihnen besprechen. Er wird sie auch zur häuslichen Lektüre veranlassen, zum stillen Weiterdenken der auftauchenden Ideen. Es versteht sich von selbst, daß bei dieser innigen Geistesbeziehung zwischen Leiter und Teilnehmern und zwischen den Teilnehmern untereinander eine ziemlich einheitliche Zusammenfassung der Hörerschaft angestrebt werden muß. Darum ist es zweckdienlich, daß sich die Arbeitsgemeinschaften an bereits bestehende Gruppierungen, z. B. an Vereine anlehnen.

Ein solches System von Vorbereitungskursen, öffentlichen Vortragsreihen und Arbeitsgemeinschaften würde man vielleicht am treffendsten als „Volkshochschule“ bezeichnen, wie es in Rhendt geschieht. Der weniger glückliche Ausdruck „Volkshochschule“ hat sich jedoch rasch eingebürgert, und so lasse man ihn hingehen. Man darf nur dabei nicht an die sonstige Bedeutung des Wortes „Hochschule“ denken. Die Volkshochschule geriet auf einen ganz falschen Weg, wenn sie sich die Universität zum Muster nehmen wollte. Was die äußere Organisation der Volkshochschule angeht, darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß heute niemand an eine Verstaatlichung denkt. Freilich ist auch schon das „Pädagogium“ für Volkshochschullehrer, das das preussische Kultusministerium plant, nicht unbedenklich. Da droht die Gefahr der Uniformierung. Auch die Stadtverwaltungen sollen nicht die eigentlichen Träger der Volkshochschule sein. Sie sollen die Einrichtung weitgehend unterstützen, indem sie Räume und Lehrmittel zur Verfügung stellen, auch wohl Zuschüsse leisten. Aber ein Kommunalbetrieb darf die Volkshochschule dadurch nicht werden. Philologen-Vereine und ähnliche Zirkel sind ebenfalls nicht die ausschließende Basis. Die geeignetste Unterlage ist ein aus allen Bereichen, die zur Bildungsarbeit in Beziehung stehen, gebildeter Ausschuß, in den auch die Stadt ihre Vertreter schicken kann. Die Volkshochschule darf nicht von oben her dazugeordnet werden, das Volk muß sie sich durch seine Organisationen selber schaffen. Es ist auch nicht gut, daß

die Teilnahme gemeindefreien sollte für jedes örtlichen Verhältnissen. Ob oder nicht, läßt sich nicht sagen. Einige Beispiele aus, ansonsten ist die And 18 Jahre, aber bemühen zu gewinnen. Die Volkshochschulen alten Volkshochschulen Prozeß. Die Volkshochschulen Prozeß. Die Volkshochschulen Prozeß.

Ab... * R... burger Straße... wegung befür... reiten. Sie... einen Stof... so schwer ver... lieferung star...

* Sch... Durch die la... Dörfern der... wohner müß... noch weiter h... das Wasser... was bekom... Viele Mühlen... Wasserfalle... mahlen, da...

* Lang... der Staatsan... hofsvorsteher... jet und der... Angelegenhei... dürfte noch r...

* Düff... eigenartige... Schneidermei... jäger hatte d... fixiert. Obn... läßt wurde, d... beiden h... Woche hatte... Leben verlor...

* Arn... schlimmen... Als sich der... sich sein Gu... Landwirte G... mit dem St... Wetekamp... den Reins d... ungen starb...

* Die... in. Bälle z... aus. Die z... Mittelstande... heute in B... meln sich in... kalen. Von... Gruppen w... sein. Eine... ben. Die G... Auskunst de... gruppen.

* Ein... fere Stadt i... gen Sonnta... mit der R... haben.

* En... hen, welche... tum unfere... vorüber. U... treten und... freudigst be...

* B... in den Ge... lange Bran... herorts um... Auch der S... der jungen...

Da... Gegr. 1840... Göl... Ha... Gardine...

schrank... Spezialab... Weis... Bestellun...

Rheinland und Westfalen

* **Arnsberg:** Folgeschwerer Hundestreit. Einen schlimmen Ausgang nahm ein Hundestreit in Breggen. Als sich der Gaißelthier Reins aufs Feld begab, verbiß sich sein Hund mit dem der mit Mähnen beschäftigten Landwirthe Gebrüder Wetekamp. Als Reins die Hunde mit dem Stocke auseinandertrieb, eilten die beiden Brüder Wetekamp mit ihren Sensen herbei und verwundeten den Reins derartig, daß er an den Folgen der Verletzungen starb.

Brühl und Umgebung

× Brandkrankheiten. In diesem Jahre sind in den Getreidefeldern in außergewöhnlich starkem Umfange Brandkrankheiten aufgetreten, die den Ertrag mancherorts um 30 Prozent und mehr herabgesetzt haben. Auch der Schneeschimmelpilz, der die normale Entwicklung der jungen Pflanzen hindert, findet sich bei vielen Saaten.

* **Herrn Mülheim:** Die Frage der Besetzung der Bürgermeisterei stelle nach Austritt des jetzigen Inhabers, Bürgermeisters Rosell, tritt mehr und mehr in den Vordergrund des Allgemeininteresses. Für die Dauer der Beurlaubung des Bürgermeisters Rosell ist durch Regierungsvorsatzung auf Vorschlag des Kreisaußschusses dem jetzigen befohlenden Beigeordneten Diffe in erster Linie die Vertretung übertragen worden. Wie gut er sein Amt verwalte, dürfte wohl im ganzen Bürgermeistereibezirk bekannt sein. Jedenfalls haben alle, die mit Herrn Diffe in nähere Beziehung jemals gekommen sind, in ihm einen zuvorkommenden Menschen kennen gelernt, der eben, auch wenn er im Fabrikanzug erschien, mit gleicher Freundlichkeit behandle. Diffe hat sich auch dem ganzen politischen Umschwung in jeder Beziehung anzupassen gewußt. Sein Können und Wollen wird wohl jetzt während der Zeit der Abwesenheit des Herrn Bürgermeisters an den Tag legen.

Aus aller Welt

Der Bayerische Kurier meldet: Ein junger Mann hatte an der Türkentaferne in München ein Geschütz abgefeuert und zwei Artilleristen getötet. Man vermutete als Schußziel die Munitionskammern in der Sabelsbergerstraße, die mit 2000 Granaten belegt sind. Der Täter ist verhaftet und eine Untersuchung eingesetzt.

Aus New York wird gemeldet: der Oberrichter von Cincinnati erklärte, daß die Ehescheidungen die guten Sitten Amerikas bedrohten. Im Laufe eines Jahres seien über 400 000 Ehescheidungen beantragt worden. Der Richter verlangt die Bildung besonderer Gerichtshöfe, die zur Entscheidung derartiger Prozesse besser als die gewöhnlichen Gerichte geeignet wären.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Weinheimer.
Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

Damenhüte
Umarbeiten und Neuanfertigung.
Polzarbeiten.
KÄTE HARTWIG
Brühl, Hermannstrasse 10.

Ein Kinder-
Siß-Siegewagen
mit Verdeck zu verkaufen.
Zu erfragen in der Gesch.

Siege
zu verkaufen.
Bingsdorf, Kirchstr. 15.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die schönen Kranzspenden und die rege Beteiligung beim Begräbnis meiner geliebten unvergesslichen Gattin, unserer lieben guten Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Tante sprechen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unsern tiefgefühlten Dank aus.

Familie Joseph Kleevisch.

Heide, den 15. September 1919.

Beschädigung von elektr. Lichtleitungen.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß mutwilligweise eine ganze Anzahl Isolatoren an den elektr. Leitungen zertrümmert werden. Eine Auswechselung kann eintreten, nicht angenommen werden, da das hierzu benötigte Ersatzmaterial noch fehlt. Die Folge davon ist, daß die elektr. Ströme außer Betrieb gesetzt werden muß, wie dies jetzt in der Gemeinde Badorf, auf der Straße von Badorf nach Gendorf und in der Steingasse, der Fall ist. Ich verwahre hiermit die Nebelkanten und erkläre insbesondere die Schuldigen, sich aller derartigen Ausschreitungen zu enthalten.

Bei Nahrungseinnahme irgend eines Schuldigen werde ich mit aller Strenge vorgehen.

Brühl, den 11. September 1919.

Der Bürgermeister:
Dohr.

Bekanntmachung

Gemäß Verordnung des Reichsministeriums vom 16. Juli 1919 (Reichs-Ges. Bl. S. 652) ist am 8. Oktober 1919 in allen deutschen Staaten eine Volkszählung vorzunehmen.

Durch diese Volkszählung sollen alle in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober 1919 anwesenden Zivil- und Militärpersonen, die Kriegesgefangenen sowie die vorübergehend abwesenden Personen ermittelt werden mit Ausnahme der Einquartierten der bisher feindlichen Staaten.

Die Zählung soll unter Leitung und Verantwortung der Gemeindebehörden vorgenommen werden. Wer sich weigert, die vorgeschriebenen Angaben in die Zählungskarten einzutragen, oder wer willkürlich falsche Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Neben der bei der Zählung von der Persönlichkeit des Einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtseinkommen und von der Staatsregierung bestimmten amtlichen Zwecken benutzt werden. Die Zählung hat nicht die in den Reichs- oder Landesgesetzen vorgesehenen rechtlichen Wirkungen einer Volkszählung.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Volkszählung für die Staats- und Gemeindeverwaltung, sowie für wirtschaftliche Zwecke, insbesondere auch als Grundlage für die Verteilung der Lebensmittel darf auf eine verständnisvolle Mitwirkung der Bevölkerung durch Ausweisung, Aufklärung und Wieder-Einquartierung der Zählungspapiere gerechnet werden.

Köln, den 2. September 1919.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung

Auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 807) § 4 ff. wird bestimmt:

§ 1.

Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln wird bis auf weiteres je Zentner 11 Mk. festgesetzt. Dieser Preis gilt für gute, marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder im Schiff.

§ 2.

Diese Bekanntmachung tritt mit Beginn des 5. September 1919 in Kraft.

§ 3.

Die Bekanntmachung vom 10. August 1919 (Reichs-anzeiger 189 vom 21. August 1919) tritt mit dem gleichen Tage, soweit sie sich auf Zwiebelpreise bezieht, außer Kraft.

Berlin, den 2. September 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende: von Tilly.

Beröfentlicht!

Köln, den 10. September 1919.

Der Vorsitzende des Kreislandesschusses

des Kreises Köln-Land.

J. A. Breitbach.

Oberförsterei Wille.

Landverpachtung.

Die im Jahre 1919 „Unterer Brenneiplad“ bei der Kolonie Wingersdorf gelegene 1,11 ha große forstwirtschaftliche Alderpargelle kommt

Donnerstag, den 25. September,

vormittags 11 Uhr

auf dem Geschäftszimmer der Oberförsterei auf 12 Jahre öffentlich meistbietend zur Pachtverpachtung.

Dienstag, den 16. September,

9 Uhr vormittags

Brühl, Mühlenstraße Nr. 15

Mobilar-Versteigerung

worauf ich ergebenst aufmerksam mache.

Preisliste.

**Vorhangstoffe u. Gardinen
Komplette Betten**

empfehlen

H. Hartoch, Köln, Eigelstein 102

Brühler Kirmes!

Während der Kirmestage

Samstag, Montag und Dienstag

halte ich mein

Pracht-Karussell

auf der Bülberstraße zur geneigten Benützung bestens empfohlen.

Wilhelm Schmitz aus Köln.

RIESEN-PALAST

Köln, Friesenplatz 23.

Täglich abends 7 Uhr:

Grosse

Spezialitätenvorstellung

mit dezentem Familienprogramm

Restaurationsbetrieb.

Prima Biere. Vorzügl. Weine.

Gute Küche.

Fernruf A 6655 und B 2719,

Prachtvolle Dekoration.

Elegante Aufmachung.

Kölner Radrennbahn

Direkt: Walter Schmitt - Strassenb. 12, 14, 16

Dampfer-Verbindung bis Zoologisch. Garten

Telephon B 9619

Mittwoch, den 17. September

nachmittags 5 Uhr

Letztes Abend-Rennen

Grosse

Dauer-Rennen

über 20 km und über

1 Stunde

Es starten

**Nettelbeck Saldow
Krupkat Bauer**

Ausserdem

Flieger-Rennen

bestritten durch die hiesigen Flieger

Beginn **5 Uhr** | **Grosses KONZERT**

Fahrräder werden aufbewahrt.

Dienstag: Training

der eingetroffenen Fahrer.

Vorverkauf in den durch Plakate bezeichneten Geschäften u. an den Kassen der Radrennbahn

5-7 Hohe Straße 5-7

Schlafzimmer

in jeder Holzart, echt Eiche und lackiert

Küchen

in weiss und Pichtpine zu billigen Preisen

J. Silberpfennig N., Köln

Hohe Strasse 5-7, neben Café Runge

Auf Wunsch Teilzahlung gestattet.

Bitte um Besichtigung meines reichhaltigen Lagers

Verreist
Dr. F. W. Hopmann

Spezialarzt für Magen und Darmkrankheiten.

Cöln, Hohenzollernr. 34

Stimmen und sämtl.

Reparaturen

an Pianos, Klavieren, Harmoniums werden sauber u. gewissenhaft ausgeführt von

Hans Franzen, Köln

Klavierstimmer u. Reparatur.

Benloer Str. 12 im Hb.

Langjähriger Klavierstimmer der Firma Weim.

Adamsch gebildeter

Kaufmann

Kriegsverhältnisse halber

verfügt über Nebenbeschäftigung. Zu erfr. in der Gesch.

Zuverlässiger

Bauschreiber

gesucht.

Geb. Marx.

Grublerstr. 1 Baustelle.

Maurer

und Hilfsarbeiter

gesucht.

Geb. Färber, Baugesch.

Fischmarkt 10.

Einige tüchtige

Maurer

und

Erdbarbeiter

werden bei hohem Lohn sofort eingestellt.

Stahlwerk Becker,

Brühl.

Tüchtige Aushilfe

somit gesucht.

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Stundenmädchen

von 7 bis 8 Uhr gesucht.

Clemens-Auguststr. 52.

Ordnentliches sauberes

Mädchen

zum 1. Okt. gesucht. Wäsche: vord. Frau Hermann

Königs, Kaiserstr. 32.

Ordnentliches

Mädchen

für Wirtschaft und Haushalt

als Zweitmädchen

gesucht.

Wingersdorf Hof,

Wingersdorf.

Sauberes

Stundenmädchen

für vormittags gesucht.

Bülberstr. 10.

Noch 2 erfahrene

Gartenarbeiterinnen

für sofort gesucht.

M. Metel, Brühl,

Reinholdstr. 27.

Junges Mädchen

für nachmittags gesucht.

Kierberg, Kaiserstr. 35.

Ältere Person

in allen Hausarbeiten und Küche erfahren, zur Führung eines einfachen Haushaltes

gesucht. Lohn 80-100 Mk. monatl. Wohnungen erbeten

Grublerstr. 1 Kolonie 74,

Kierberg-Deide.

Ordnentliches fleißiges

Mädchen

per sofort oder 1. Okt. gesucht.

Kierberg, Kierberg,

Berrenrathstr. 26.

Wohnung

in Brühl. Offerten unter

Amerik. Wolldecken

in schönen Farben

eingetroffen.

Herm. Baehr, Schloss-Str. 15.

Maurer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Kölling & Claus, Brühl.

Mehrere Arbeiter

für die Bäckerei zum Auskochen für die Nachschicht gesucht.

Maschinenfabrik, Eisen- und

Metallgießerei Brühl G. m. b. H.

Brühl, Kölnstraße 262/266

herrschaftliches Haus

mit Garten, in Brühl gelegen

zu Kauf oder Miete gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1-2 möblierte

Zimmer

mit elektr. Licht in besserem

Privathause zu vermieten.

Offerten unter H. W. 9146

an die Geschäftsstelle.

50 Mk. Belohnung

denjenigen, der mir eine

3 bis 4-Zimmerwohnung

per bald beibringt. Offert.

unt. D. K. 9144 an die Geschäftsstelle.

Schön möbl. Zimmer

an besseren Herrn zu ver-

mieten. Mühlenstr. 15 II.

oder später

4-Zimmer-Wohnung

in ruhigem Hause. Offert.

unt. D. K. 9144 an die Geschäftsstelle.

2-3 Zimmerwohnung

sofort oder später. Offert.

unt. N. W. 123 an d. Gesch.

Lumpen, Eisen,

Metalle, Säde,

Reinlich, Zeitungen, Stä-

ndol usw. läuft zu den höchst.

Tagespreisen. Scharbach,

Kempischstr. 17. Tel. 275.

Reiner

Heberseetabak

laufend abzugeben.

M. Schumann, Köln,

Neuerstraße 40.

Sendung halbwaechsender

Schweine

preiswürdig abzugeben.

Joh. Dick, Wingersdorf,

Schweinehandlung.

Hast neuer prachtvoller

Cassabadeofen

zu Mk. 500 zu verkaufen.

Gartenstr. 11.

Einige

Musikautomaten

preiswürdig zu verkaufen.

Vertretung:

Brühl,

Wingersdorfstr. 131.

Damenregenmantel

dunkelgrün, Seid-Webstuhl

zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle?

Krankenschw. u. Bade-

an verkaufen.

Joseph Kleevisch, Heide,

Willestraße 39.

Leichtes

Plafepferd

billig zu verkaufen.

Wingersdorf,

Gustfischerstraße 87.

Gummi-

ringe für Weich Kon-

serven, Fiederswaren,

zu verkaufen.

Kempischstr. 46.

Bruch

zu verkaufen.

Wingersdorf, Obermühle 18.

Rug- und Kalbfelle,

Rohhäute, Kaninchen-,

Hafen- und Regenfelle

kauf zu den höchsten Preisen

Scharbach

Tel. 275. Kempischstr. 17.

Willkommen-Schilder

für die heimkehrenden

Kriegsgefangenen sind

vorhanden in der Geschäftsstelle der

Brühler Zeitung

In der Obstwiese an der

Baderfabrik Brühl sind

Koch- und Einmach-

Birnen

zu verkaufen.

Bentner 30.- Markt.

Ein zweispänniger schwerer

Kastenwagen

zu Mk. 850.- zu verkaufen.

J. Pohlig, Alt.-Ges.

Brühl.

Für limit. lederne

Wittentische

gebraucht, aber gut erhalten,

bezahlte bis 40 Mk. f. Off.

unt. F. K. 9145 an die Geschäfts-

stelle.

Ein Fox

und ein

Bastard-Dachshund

seit vorgestern</